Pressemitteilung

9. November 2022

Bundesarchiv in Not

Bundesarchiv braucht mehr finanzielle Unterstützung

Berlin, den 09.11.2022. In der frisch erschienen Ausgabe 11/22 von Politik & Kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, gibt der Präsident des Bundesarchivs, **Michael Hollmann**, Einblick in den aktuellen Zustand einer der größten Kultureinrichtungen der Bundesrepublik.

Mit rund 540 laufenden Kilometern Akten, 150.000 Spiel- und Dokumentarfilmen, mehr als 15 Millionen Fotografien und mittlerweile nur noch in Petabyte zu messenden digitalen Beständen zählt das Bundesarchiv zu den größten Archiven – nicht nur Europas. Seine mehr als 2.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten an 23 Dienstorten – von Rostock bis Freiburg im Breisgau und St. Augustin bis Frankfurt (Oder).

Doch sowohl die Sicherung des bestehenden Archivgutes, das natürlich kontinuierlich wächst – jedes Jahr kommt allein ein guter Kilometer als archivwürdig bewerteter Akten der Bundesregierung hinzu – als auch der digitale Wandel stellen das Bundesarchiv vor große Herausforderungen.

Entsprechend fordert Hollmann, dass Politik und Gesellschaft dem Bundesarchiv auch die dringend benötigten Ressourcen zur Verfügung stellen müssen, die es für die sichere Unterbringung seines Archivguts und die Bewältigung des digitalen Wandels benötigt. Doch gerade angesichts der aktuellen Situation der öffentlichen Haushalte, die von der Gleichzeitigkeit der Corona- und Energiekrise geprägt ist, besteht Anlass zu großer Sorge – auch für das Bundesarchiv.

So schreibt Hollmann in Politik & Kultur 11/22: „Ein „Bundesarchiv light“ kann es jedoch ohne empfindliche Einschnitte bei der Aufgabenwahrnehmung, d. h. bei der dauerhaften Erhaltung, der allgemeinen Bereitstellung und vor allem bei der historisch-politischen Bildungsarbeit nicht geben. Der Schaden für die liberale Geschichts- und Erinnerungskultur in Deutschland wäre kaum absehbar.“

Der Geschäftsführer der Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur, **Olaf Zimmermann**, sagte dazu: „Schon heute arbeiten in Deutschland viele Archive unter prekären Bedingungen. Die Finanzierung der Arbeit ist oftmals unsicher. Es wird sich von Projekt zu Projekt gehangelt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können kaum Perspektiven eröffnet werden. Dieses Schicksal darf nicht auch Deutschlands größtes Archiv, das Bundesarchiv, ereilen. Denn alle Archive leben von Dauerhaftigkeit und Zuverlässigkeit, nur dann können sie ihr Versprechen der langfristigen Zugänglichmachung der ihnen anvertrauten Dokumente und Materialien einlösen. Sie dürfen nicht weiter im Schatten anderer wichtiger Kulturorte stehen. Die Bundesregierung muss jetzt handeln.“

- Lesen Sie hier den gesamten Beitrag von Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, in Politik & Kultur 11/22.
- Laden Sie hier die gesamte aktuelle Ausgabe 11/22 als kostenfreies E-Paper (pdf-Datei).
- Lesen Sie hier als Hintergrundinformation die bereits vor zwei Jahren erschienene Ausgabe von Politik & Kultur 3/20 mit dem Schwerpunkt „Archiv: Das Gedächtnis der Gesellschaft“.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat